Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 80 (1986)

Heft: 9

Vereinsnachrichten: Aus unseren Vereinigungen : Dreiländertreffen religiöser Sozialisten vom 14./15. Juni 1986 in Amerlügen bei Feldkirch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

aber vor die Wahl stellt: mit ihnen oder mit uns, dann entscheide ich mich für die Revolution und lebe meinen Glauben ausserhalb der Kirche weiter.'

Die Kirchenhierarchie setzt auf eine Abspaltung der christlichen Basisgemeinden. Einerseits will sie damit die unbequemen Schäfchen loswerden, andererseits wird sie dann sagen können: ‚Die Sandinisten spalten die Kirche, um sie kaputtmachen zu können.'

Der Vatikan verschärft den Konflikt zwischen Kirche und Staat, indem er auf die ‚weichen' Bischöfe einen starken Druck ausübt, den Kurs des Kardinals Obando y Bravo zu unterstützen. Von den 10 Bischöfen sind bloss drei, Obando, dessen Sekretär Vivas und Vega, harte Antisandinisten, die andern waren immer eher schwankend. Ein Beispiel für den Druck, den der Vatikan ausübt: Vor gut drei Jahren gab die Bischofskonferenz eine Erklärung heraus, in der sie den obligatorischen Militärdienst ablehnte und durch die Blume zur Verweigerung aufrief. Da dieser Text nicht von allen unterzeichnet wurde, gab der Vatikan die Weisung: ‚Ab jetzt werden die Erklärungen auch von jenen unterschrieben, die damit nicht einverstanden sind.' Seither erscheinen die Verlautbarungen der Bischofskonferenz mit allen Unterschriften.

Die Hierarchie verfolgt gegenüber den Basisgemeinden, Orden und Gläubigen, die auf der Seite der Revolution stehen, eine sehr harte Linie und verweigert den Dialog mit ihnen. Gleichzeitig fordert sie von der Regierung den Dialog mit den Contras, den Söldnern der USA. Die Dominikaner gaben deshalb kürzlich eine Erklärung heraus, in der es hiess: ‚Den Dialog, den ihr Bischöfe von der Regierung mit den Contras fordert, möchten wir mit euch schon lange führen.'»

Josef Lang

Aus unseren Vereinigungen

Dreiländertreffen religiöser Sozialisten vom 14./15. Juni 1986 in Amerlügen bei Feldkirch

In einem neuerbauten Haus für Ferienkolonien in Amerlügen, etwa sechs Kilometer südöstlich von Feldkirch und an die 300 Meter über dem Talboden der Ill gelegen, trafen sich am 14./15. Juni von Samstagmittag bis Sonntagmittag etwa 40 Männer und Frauen zu einem Dreiländertreffen religiöser Sozialisten. Die drei beteiligten Länder waren allerdings sehr ungleich vertreten: die Bundesrepublik Deutschland mit zwei Frauen aus Esslingen, Österreich selber mit acht Männern und Frauen, von denen die eine Hälfte aus dem fernen Wien zugereist war und die anderen aus dem Land Vorarlberg kamen, unter ihnen Nationalrat Günther Dietrich von der SPÖ und Sigi Peter, Landtagsabgeordneter der Grünen. Die übrigen kamen aus Basel, Langnau im Emmental, Safenwil, Zürich und Umgebung, St. Gallen und Chur. Abgesehen von den Vorarlbergern hatten wir Schweizer offensichtlich die kürzeste Anreisestrecke und stellten darum den Hauptharst der Tagungsteilnehmer.

Keine Veränderung der Verhältnisse in der Dritten Welt ohne Überwindung unserer Ausbeutergesellschaft

Das eigentliche Thema der Tagung lautete: «Welche Politik müssen Sozialisten machen, um das Unrecht in der Dritten Welt zu verringern?» Dazu hielt Nationalrat Hansjörg Braunschweig aus Dübendorf aufgrund seiner reichen politischen Erfahrung ein ausführliches Referat, das jedoch nicht den Anspruch erhob, fertige Antworten zu geben. Solche hätten wir wohl nur von Vertretern der Dritten Welt selber erhalten können. Es bot jedoch viele Anregungen und warf Fragen auf, die anschliessend in drei Arbeitsgruppen weiterbesprochen wurden. Eine einheitliche Stellungnahme konnte freilich nicht erarbeitet werden, vor allem auch deshalb nicht, weil Österreicher, Deutsche und Schweizer bisher verschiedene Erfahrungen mit Entwicklungspolitik machten. Unwidersprochen blieb jedoch die Feststellung des Historikers Markus Mattmüller, dass die entscheidende Frage für die Landwirtschaft in der Dritten Welt die Verteilung des Eigentums am Boden sei. Und Franz Gundacker, Laientheologe und Mitarbeiter im Ministerium für Erziehung in Wien, der die ganze Tagung in offener, herzlicher und äusserst engagierter Weise leitete, fasste das Problem mit folgenden Worten zusammen: «Die Verhältnisse in der Dritten Welt können wir nur verändern, indem wir unsere eigene Wirtschaft verändern und für das Ende der Ausbeutergesellschaft kämpfen.»

SP und Kirche als mögliche Gehschulen der Freiheit

Nach einem eindrücklichen Gottesdienst am Sonntagmorgen mit Lesung, Liedern, Musik und einzelnen vorgebrachten Fürbitten, z.B. für Nicaragua, für die gegen die Apartheid kämpfenden Südafri-

kaner, für die Militärdienstverweigerer in Schweizer Gefängnissen, für die Stillegung der AKWs, für die Asylanten in der Schweiz, befassten wir uns nach Kurzreferaten von Franz Gundacker und Gerhard Steger, dem Vorsitzenden der österreichischen «Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus» (ACUS), mit unserem Verhältnis zur SP und zur Kirche. Trotz schonungsloser Kritik am gegenwärtigen Zustand dieser beiden Institutionen wurde festgehalten, dass SP und Kirche immer noch Gehschulen der Freiheit sein können. Unsere Aufgabe sei es, «gegen die Bangigkeit vieler Menschen eine sinngebende Lebenshaltung anzubieten». Distanz gegenüber einer Bindung an SP und Kirche wurde von den beiden Frauen aus der BRD vertreten. Und Franz Gundacker bemängelte die Bezeichnung «religiöse Sozialisten», da sie den falschen Eindruck erwecken könnte, als wollten wir frömmer sein als andere Sozialisten. Sigi Peter, der keinen Religionsunterricht mehr erteilen darf, seit er Abgeordneter der Grünen geworden ist, bekennt sich zur rot-grünen Allianz und findet sogar in der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) Gleichgesinnte. Viel zu reden gab auch die Frage, ob die Arbeiter bei uns heute noch Träger der Weltveränderung seien, da sie nicht mehr die unterste Gesellschaftsschicht repräsentierten, sondern sich von der neuen Unterschicht der rechtloseren ausländischen Arbeiter abhöben. Einstimmig wurde der Antrag einer deutschen Teilnehmerin angenommen, der im Oktober in Managua stattfindenden internationalen Konferenz religiöser Sozialisten vorzuschlagen, das für 1989 geplante weltweite Friedenskonzil zu unterstützen.

Der hauptsächliche Wert solcher Treffen liegt im allgemeinen nicht so sehr in den behandelten Themen, sondern vielmehr in den persönlichen Begegnungen über nationale Grenzen hinweg. Wir älteren Semester aus der Schweiz waren beeindruckt von der Fröhlichkeit vor allem der jugendlichen Teilnehmer aus Österreich, von ihrem Singen und Musizieren.

Eine nächste Möglichkeit zur Begegnung mit unseren österreichischen Freunden ist ihre Tagung vom 29. und 30. November in Amstetten (Niederösterreich). Zudem ist für nächstes Jahr ein europäisches Treffen im Ökumenischen Institut in Bossey am Genfersee zum Thema «Wohlfahrtsstaat» geplant.

Zum Gelingen dieser Tagung in Amerlügen hat auch das herrliche Sommerwetter beigetragen. Entscheidend war jedoch die von unseren österreichischen Freunden geleistete Vorarbeit. Ihnen gebührt darum der wärmste Dank aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Hansheiri Zürrer

Aus befreundeten Vereinigungen

Der Versöhnungsbund zum Asylrechtsreferendum

Mit dem nachstehend wiedergegebenen Text wendet sich der Vorstand des Versöhnungsbundes an seine Mitglieder. Einer der Verfasser, Samuel Hüttinger, hat uns gebeten, diesen Text auch in den «Neuen Wegen» zu veröffentlichen. *Red.*

1. Zur Problematik der schweizerischen Asylpolitik

1.1 Unser Asylgesetz von 1979 ist aus der bitteren Erfahrung des Zweiten Weltkrieges erwachsen. In seiner humanitären Zielsetzung und seiner liberalen Grundhaltung sehen wir einen Pfeiler der Daseinsberechtigung und Verteidigungswürdigkeit unseres Staats. Nun hat unser Parlament eine zweite Revision dieses Gesetzes beschlossen, die in wesentlichen Punkten zurückbuchstabiert, was einer ethischen Selbstverstümmelung gleichkommt.

1.2 Obwohl wir wissen, dass der Abstimmungskampf über die Revision des Asylgesetzes eine Polarisierung der Standpunkte bringen wird, unterstützen wir das Referendum. Wenn Asylanten und Freunde bei uns oder in der weiten Welt darunter leiden sollten, so bedauern wir dies; wir sind jedoch überzeugt, dass diese Auseinandersetzungen für eine langfristige Besserung der Verhältnisse für Asylanten und Fremde in unserem Land unvermeidlich ist.

1.3 Es darf nicht wieder passieren wie vor 40 Jahren, als Tausende von Menschen an unseren Grenzen abgewiesen wurden, dass nämlich Menschen in Gefängnis und Unterdrückung, in Folter und gar in den Tod geschickt werden, die an unsere Türe klopfen, um ihr Leben zu retten.

1.4 Wir wollen die humanitäre Tradition unseres Landes weiterführen und sind bereit, unvermeidliche Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen und für bedrängte Menschen Opfer zu bringen.

1.5 Die Hauptpunkte der vorgesehenen Asylgesetzrevision sind: Notrecht in Friedenszeiten, Kantonalisierung der Befragungen, Zentrenzwang, Ausweisungshaft, Grenztore. Sie verstärken unvermeidlich die Neigung zu polizeistaatlichem Verhalten; damit wird die ursprüngliche Absicht des Asylgesetzes von 1979 ins Gegenteil verkehrt. – Verschiedene Organisationen haben sich dazu hinreichend geäussert; wir beschränken uns hier auf grundsätzliche Aspekte.

2. Von welcher Überzeugung gehen wir aus?

2.1 Wir glauben, dass Gott in Jesus Mensch und sogleich auch Flüchtling geworden ist, um allen Men-